

Medienkonferenz vom 17. September 2020

RotGrünMitte. Wieder in den Gemeinderat.


29. Nov.



Günstiger Wohnraum und solide Finanzen für hohe Berner Lebensqualität.

— Michael Aebersold
SP, bisher

Mit Bildung, Solidarität und Klimaschutz hat Bern eine starke Zukunft.

— Franziska Teuscher
GB, bisher



Zäme geits wyter ir Stadt und Region Bern. Zäme us der Covidkrise use.

— Alec von Graffenried
GFL, bisher

Nachhaltig sozial: Aktive Klimapolitik und ein starkes soziales Netz.

— Marieke Kruit
SP, neu



Mediendokumentation

Medienmitteilung von RotGrünMitte (RGM)

Rot Grün Mitte

RotGrünMitte (RGM) für Klimaschutz, Soziales, Wirtschaft und Wohnbau

RotGrünMitte (RGM) hat heute die gemeinsamen Wahlziele und die Kampagne präsentiert. RGM will sich den aktuellen Herausforderungen stellen und sich für eine soziale Wohnbaupolitik, eine fortschrittliche Sozialpolitik, eine aktive Wirtschaftspolitik und eine Klimapolitik der Taten statt Worte einsetzen. An der heutigen Medienkonferenz haben die vier Gemeinderatskandidierenden Michael Aebersold, Franziska Teuscher, Alec von Graffenried und Marieke Kruit ihre Kandidaturen vorgestellt. Mit den profilierten Kandidierenden will RGM die vier Gemeinderatssitze verteidigen und die bewährte Politik der vergangenen Jahrzehnte weiterführen.

Die Medienkonferenz wurde von Johannes Wartenweiler, dem Sekretär des Gewerkschaftsbundes der Stadt Bern und Umgebung, moderiert. In der Begrüssung betonte er, dass die Zusammenarbeit des GSB mit den drei RGM-Parteien im Interesse der Angestellten in der Stadt Bern ist. Er zeigte auf, wie die Stadt Bern dank den Errungenschaften von RGM, insbesondere in der Wohnbaupolitik, der Verkehrspolitik und der Sozialpolitik, entwickelt und lebenswert gestaltet wurde. Anschliessend stellten die vier Gemeinderatskandidierenden die Schwerpunkte von RGM für die nächste Legislatur vor.

Michael Aebersold (SP, bisher) will eine soziale und nachhaltige Politik betreiben, insbesondere in seinen beiden Dossiers Wohnbaupolitik und Finanzen. Michael Aebersold sagte: „Ich bin bereit, die finanzpolitischen Herausforderungen persönlich und gemeinsam mit RGM anzugehen und soziale und nachhaltige Lösungen zu präsentieren.“ In der Wohnbaupolitik will der Finanzdirektor die Wohnoffensive weiter vorantreiben und dafür sorgen, dass es in Bern mehr bezahlbare Wohnungen gibt. Die erfolgreiche Wohnoffensive zeigt laut Aebersold, wie wichtig eine starke RGM-Vertretung im Gemeinderat ist.

Franziska Teuscher (GB, bisher) sagte, sie werde den Schwerpunkt in der kommenden Legislatur auf soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen für alle und konsequenten Klimaschutz setzen. „RGM will weiterhin in eine wirksame Arbeitsintegration investieren,“ sagte die Bildungsdirektorin. RGM wolle auch in Zukunft für eine gute Kinderbetreuung und eine umfassende Früh- und Deutschförderung sorgen. Dazu müssten die Kinder in den städtischen Schulen mit einem zeitgemässen Unterricht auf die digitale Zukunft vorbereitet werden. Zudem muss laut Teuscher beispielsweise beim Schulhausbau konsequent auf Biodiversität und ökologisches Bauen geachtet werden.

Alec von Graffenried (GFL, bisher) ging auf die Auswirkungen der Pandemie auf die Stadt Bern und insbesondere auf die Wirtschaft ein. „Um die Wirtschaft zu stimulieren, halten wir unser Investitionsniveau aufrecht und befördern damit weiterhin die Entwicklung unserer Wohn- und Arbeitsstadt,“ sagte der Stadtpräsident. RGM werde konkrete Massnahmen einleiten, die den besonders betroffenen

Branchen und Firmen das Geschäft erleichtern. Unter Einhaltung der Schutzmassnahmen solle die Stadt Bern das gesellschaftliche Leben wiederaufnehmen. Dazu gehöre auch, dass grössere Veranstaltungen wieder durchgeführt werden.

Marieke Kruit (SP, neu) sagte, die Stadt könne und müsse noch mehr tun gegen den Klimawandel und gegen dessen Auswirkungen. So will sie zum Beispiel begrünte Dächer und Fassaden fördern, um die Stadt hitzeverträglicher zu machen. „Wenn wir die Lebensqualität in der Stadt weiter erhöhen wollen, müssen wir das Stadtklima in allen Planungen von Anfang an konsequent mitdenken.“ Sie will zudem in der Verkehrspolitik eng mit dem Gewerbe zusammenarbeiten und den Fussverkehr noch attraktiver machen. Die leitende Psychologin der vier Ambulatorien der Psychiatrischen Dienste im Oberaargau fordert eine nachhaltig soziale Politik: „Wir müssen die ganze Stadt in den Blick nehmen und alle Bewohnerinnen und Bewohner in dieser Stadt mitnehmen.“

Weitere Auskünfte:

- Michael Aebersold: 079 506 50 04
- Franziska Teuscher: 079 608 91 03
- Alec von Graffenried: 079 487 94 12
- Marieke Kruit: 079 261 72 22
- Edith Siegenthaler, Co-Präsidentin SP: 077 405 34 21
- Brigitte Hilty, Präsidentin GFL: 079 607 93 70
- Rahel Ruch, Co-Präsidentin GB: 076 517 02 08
- Johannes Wartenweiler, Sekretär GSB: 079 235 91 64

Michael Aebersold, SP

Gemeinderat – Direktor für Finanzen, Personal und Informatik

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Medienschaffende

Als Direktor FPI stehen bei mir zwei Themen im öffentlichen Fokus: Die Wohnoffensive und die Finanzen. Beides ist zentral, damit Bern eine Stadt für alle, auch für Menschen ohne dickes Portemonnaie ist und bleibt.

Finanzen

Der Begriff A-Stadt prägte vor noch nicht allzu langer Zeit die öffentliche Diskussion (Arme, Alte, Arbeitslose und Ausländer). Heute steht die Stadt finanziell gut da. Wir haben trotz Defizit 2019 einen Bilanzüberschuss („Eigenkapital“) von 87 Millionen Franken und in den letzten Jahren für die dringend nötigen Investitionen in Schul- sowie Eis- und Wasseranlagen zwei Spezialfinanzierungen mit 176 Mio. Franken aufgebaut.

Die gewachsenen Steuereinnahmen haben es uns erlaubt, verstärkt in Wachstum und Lebensqualität zu investieren. Zum Beispiel für das Wohnumfeld, in die Kinderbetreuung, in nachhaltige Mobilität oder bei der Bildung. Die Ausgaben und der Stellenetat der Stadt sind entsprechend gewachsen. 2019 kam der Dämpfer: Ein Defizit von 17,2 Millionen Franken. Der Gemeinderat hat entschieden reagiert. Die laufende Rechnung 2020 wurde sehr rasch um 15,5 Millionen Franken entlastet, für das Budget 2021 hat der Gemeinderat in kürzester Zeit ein Entlastungspaket geschnürt.

Aktuell debattiert das Parlament das Budget 2021. Wichtig ist, dass das Entlastungsziel von 20 Millionen Franken erreicht wird und gleichzeitig eine soziale und ökologische Politik möglich ist. Denn Corona bedeutet eine finanzpolitische Zäsur. Doch schon vor Corona stand Bern angesichts rekordhoher, häufig nicht verschiebbarer Investitionen in Schulen sowie die Eis- und Wasseranlagen vor finanzpolitischen Herausforderungen.

Jetzt können und müssen wir politisch-strategisch handeln, um den Haushalt ab 2022 um 35 und ab 2023 um 45 Millionen Franken zu entlasten. Wir werden Ausgaben kürzen, Stellen abbauen, wobei Entlassungen ausgeschlossen sind und bei den Investitionen priorisieren müssen. RGM tritt mit dem klaren Willen zu den Wahlen an, sich den finanzpolitischen Herausforderungen zu stellen und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

Wohnen

Das Thema «bezahlbarer Wohnraum» brennt die Bevölkerung unter den Nägeln. Eine aktive Wohnpolitik und die Schaffung von mehr und preisgünstigem Wohnraum sind mir enorm wichtig. Dank dem vom Stimmvolk genehmigten Rahmenkredit über CHF 60 Mio. können wir heute rasch Liegenschaften auf dem Markt kaufen. Zentrale Partnerinnen für die Wohnoffensive sind die Wohnbaugenossenschaften, die mit Boden nicht spekulieren, sondern zu Kostenmiete Wohnraum schaffen. Erfolgreiche genossenschaftliche Überbauungen sind die Huebergass an der Mutachstrasse, das Warmbächliareal oder die Feuerwehrekaserne Viktoria – total entstehen rund 375 neue genossenschaftliche Wohnungen.

Die Wohnoffensive ist lanciert und zeigt zwei Dinge: wie wichtig eine starke RGM-Vertretung im Gemeinderat ist und dass die Stadt mit dem Fonds für Wohn- und Bodenpolitik ein wirksames Instrument hat, wenn es genutzt wird.

engagiert // kompetent // bewährt will ich Bern zusammen mit Alec, Franziska und Marieke in der nächsten Legislatur Verantwortung übernehmen. Ich will den Rückenwind für die Wohnoffensive nutzen und als Finanzdirektor stelle ich mich persönlich der finanzpolitischen Herausforderung, die Einnahmen, Ausgaben sowie die Verschuldung im Lot zu behalten.

Franziska Teuscher, GB

Gemeinderätin – Direktorin für Bildung, Soziales und Sport

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienleute

27 Jahre RGM-Politik, wer hätte es 1993 gedacht? RGM ist eine Erfolgsgeschichte. Allein schon von ihrer Dauer her zeigt RGM, dass ihre Politik für die Stadtberner Bevölkerung Vieles richtiggemacht haben muss. In der Vergangenheit wie heute hat RGM in finanziell anspruchsvollen Zeiten bewiesen, dass nachhaltige Politik gemacht werden kann und trotzdem nicht auf Kosten der Ärmsten und der Umwelt gespart wird. Das ist mir wichtig und daher lautet mein Leitsatz für die Wahlen 2020: **«Soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen für alle und konsequenter Klimaschutz geben Bern eine starke Zukunft».**

1. **Soziale Gerechtigkeit: Einer Stadt geht es so gut, wie es ihren ärmsten und verwundbarsten Einwohnerinnen und Einwohnern geht.** RGM will weiterhin in eine wirksame Arbeitsintegration investieren bzw. diese ausbauen. Aufgrund der Coronakrise wird es, sobald die Kurzarbeit ausgeschöpft ist, steigende Arbeitslosenzahlen geben. Wir wollen hier Langzeitfolgen vermeiden. Denn der Erfolg von RGM bedeutet Verantwortung. Die Verantwortung, Führung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen. Die Politik muss sich auch stetig an neue Gegebenheiten anpassen. Das bedeutet etwa in der Sozialhilfe, dass angesichts der grossen Zahl an Personen mit Bildungsdefiziten verstärkt in die Förderung von Grundkompetenzen und in Qualifizierungsprogramme investiert werden muss.
2. **Gleiche Chancen für alle: Eine Stadt hat eine starke Zukunft, wenn sie heute zu den kommenden Generationen Sorge trägt.** RGM will auch in Zukunft in eine gute Kinderbetreuung und in eine umfassenden Früh- und Deutschförderung investieren. Wir dürfen nicht jahrelange Aufbauarbeit gefährden, die zur Chancengerechtigkeit in unserer Stadt beiträgt. Wir wollen unsere Kinder gut auf den digitalen Arbeitsmarkt vorbereiten. Dazu müssen die Schulen die Basis legen. RGM setzt sich für einen zeitgemässen Unterricht mit Basisstufen und Ganztageschulen sowie für eine gute digitale Infrastruktur ein. Das heisst für mich, dass ich auch weiter intensiv an der Zuverlässigkeit unserer digitalen Plattform in den Schulen weiterarbeiten werde.
3. **Und über allem steht für mich ein konsequenter Klimaschutz:** Hier müssen wir entschlossen Massnahmen ergreifen. D.h. in meinem Bereich beim Sanieren von Schulhäusern immer den Einbau einer Photovoltaik-Anlage prüfen und auf Biodiversität und Schatten bei der Umgebungsgestaltung achten sowie generell ökologisch bauen.

Diese Verantwortung wahrnehmen, ist zugegeben während Zeiten voller Kassen einfacher als bei den aktuellen Finanzzahlen. Dies ist trotzdem kein Grund, die RGM-Politik auf den Kopf zu stellen. Als Grüne Bildungs- und Sozialdirektorin steht der Mensch und seine Umgebung für mich an oberster Stelle. Wir müssen dafür besorgt sein, dass das Geld dorthin fliesst, wo es am meisten benötigt wird: zu bedürftigen Menschen, zu Kindern, zu Familien, zu älteren Menschen. Sparen ist möglich und notwendig, aber nicht zu Lasten der Schwächsten und des Klimaschutzes. Aus dem Bereich meiner Direktion gebe ich Ihnen zwei Beispiele, wo wir sparen können: Bei der Flächenanpassungen und Modulbauweise bei Schulbauten oder bei der Instandsetzung der Freibäder ohne kostspielige Weiterentwicklungen. Auch wenn wir uns gut überlegen müssen, was wir uns leisten können, bin ich überzeugt, dass gerade jetzt die Bevölkerung miteinbezogen werden soll. Gemeinsam können wir Wege suchen, die praktikabel und finanzierbar sind. Mein Ziel ist es, zu sagen: «Bern macht Schule» – in der Sozial-, Umwelt- und Bildungspolitik.

Alec von Graffenried, GFL

Stadtpräsident

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir leben im **Zeitalter der Pandemie**. Eines hat die Pandemie nicht verändert. Mit unserem Bündnis RGM tragen wir seit 28 Jahren Verantwortung für unsere Stadt und haben viele Verbesserungen umsetzen können, was sich in einer hohen Lebensqualität und einer hohen Zufriedenheit unserer Bevölkerung äussert. Auch 2021 sind die RGM Parteien am besten in der Lage, unsere Stadt vorwärts zu bringen.

Veranstaltungen und Wahlen können in diesem Jahr aber nicht abgehalten werden, ohne dass wir über die Pandemie sprechen. Die Pandemie hat unsere Gesundheit bedroht. Heute bedroht sie vor allem unsere Wirtschaft, im Zentrum stehen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Aber die Pandemie soll uns nicht daran hindern, auch unsere politischen Ziele weiterzuverfolgen.

Wirtschaftliche Lage: Gemäss dem seco brach das BIP im zweiten Quartal um über 8 Prozent ein, das ist der grösste Einbruch des BIP. Den grössten Rückgang vermeldet das Seco für das Gastgewerbe, die Tourismuswirtschaft und alle Events in den Bereichen Kunst, Kultur, Sport, Unterhaltung. Angesichts des Lockdowns in Exportmärkten, sind auch die konjunkturrelevanten Exporte eingebrochen, für den Kanton Bern betrifft das vor allem die Nahrungsmittel-, die Uhren- und die Maschinenindustrie. Die **Arbeitslosenquote** in der Stadt Bern stieg im Sommer um über 40% gegenüber dem Sommer 2019. Nach wie vor herrscht in zahlreichen Betrieben der Schweiz Kurzarbeit.

Wirtschaftliche und soziale Folgen: In den kommenden Jahren wird auch die Bevölkerung der Stadt Bern unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden. Das **soziale Netz** der Stadt Bern bleibt erhalten, wir wollen nicht, dass die Menschen durch die Maschen fallen. Wir werden daher weiterhin dafür besorgt sein, dass möglichst alle Menschen durch Bildung und Weiterbildungsmaßnahmen im Arbeitsmarkt gehalten werden können oder dahin zurückfinden. Zudem werden wir **konkrete Massnahmen** einleiten, die den besonders betroffenen Branchen und Firmen das Geschäft erleichtern. Wir werden weiterhin Erleichterungen für die Gastronomie gewähren. Wir werden weiterhin kulant sein, wenn es um die Erteilung oder Verlängerung von Veranstaltungsbewilligungen geht und überhaupt alle Massnahmen treffen, welche die Wirtschaft ankurbeln könnten.

Wie geht es weiter? Wir haben im Frühling erlebt, wie der Lockdown grosse Teile unserer Wirtschaft lahmgelegt hat. Daher ist die Befürchtung gross: Kommt der Lockdown zurück? Die Antwort ist: Nein. Der Lockdown war angesichts einer unübersichtlichen und bedrohlichen Lage eine nötige und drastische Sofortmassnahme. Unterdessen sind wir besser vorbereitet und werden die Pandemie mit gezielten Massnahmen unter Kontrolle halten können. Das Virus wird jedoch nicht verschwinden – wir müssen lernen mit dem Virus zu leben. Wir müssen unter diesen schwierigen Bedingungen wieder zum Alltag zurückfinden.

Die neue Anpassungsstrategie. Sollen wir weiterhin Sitzungen, Veranstaltungen, Weiterbildungen, Messen, Kongresse usw. absagen? Nein. Wir kehren ins Leben zurück, aber mit Abstand. Abstand ist der neue Anstand. Wir bleiben auf Distanz, wir befolgen die Hygienemassnahmen, wir tragen Masken. Aber wir werden keine Veranstaltungen mehr auf das kommende Frühjahr verschieben.

Im Frühling 2021 wird sich die Situation noch nicht geändert haben. Und 2022 vielleicht auch noch nicht. Wir wollen und müssen aber jetzt wieder zurück ins Leben finden! Das braucht von allen viel Disziplin, Respekt, Solidarität, aber auch dies können wir gemeinsam schaffen.

Politische Ziele weiterverfolgen! Die Pandemie hat viele politische Entwicklungen verlangsamt und Projekte blockiert. Es ist Zeit, wieder vorwärts zu blicken und den Faden wieder aufzunehmen. Um die Wirtschaft zu stimulieren, halten wir unser Investitionsniveau aufrecht und befördern damit weiterhin

die Entwicklung unserer Wohn- und Arbeitsstadt. Mit unseren Investitionen unterstützen wir auch die Energiewende und den Umbau unserer Energieversorgung und unserer Wirtschaft in Richtung einer nachhaltigen, dekarbonisierten Wirtschaft und Gesellschaft. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie rasch wir digitale Entwicklungen einleiten können, wir werden auch die Digitalisierung weiter vorantreiben. Ebenso fahren wir weiter mit der Fusion mit Ostermundigen und eventuell weiteren Gemeinden.

In der Pandemie haben wir gelernt, wie rasch und entschlossen wir handeln können, wenn es sein muss. Setzen wir diese Erkenntnis um und handeln wir ebenso rasch und entschlossen für unsere weiteren politischen Ziele.

Marieke Kruit, SP

Stadträtin und Fraktionspräsidentin

Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren

Ich werde zur Nachhaltigkeit sprechen. Es gibt heute ein mächtiges Spannungsfeld in der städtischen Politik: Die Stadt muss gleichzeitig langfristig planen und trotzdem äusserst flexibel bleiben. Sie muss nachhaltig handeln und gleichzeitig kurzfristig reagieren können. Die Corona-Krise hat dieses Spannungsfeld deutlich gemacht: Sicherheiten brechen plötzlich weg. Selbstverständliches gilt nicht mehr. Ganz rasch muss sich die Politik neu ausrichten.

Wie geht Bern mit diesem Spannungsfeld um? Wie nachhaltig ist die Stadt? Und wie flexibel?

Nachhaltigkeit und Umwelt haben in der Politik der Stadt einen sehr hohen Stellenwert. Die Stadt denkt langfristig. Weil sie kann und weil sie muss. Gegen den Klimawandel zum Beispiel kann sie als dicht besiedelter Ort selber viel tun. Die Stadt steht in der Energiepolitik, bei der Stadtplanung oder beim Verkehr in der Verantwortung. In den letzten Jahren wurde zum Beispiel für den nachhaltigen Verkehr viel unternommen: Der ÖV und die Veloinfrastruktur wurden ausgebaut, der öffentliche Raum durch Verkehrsberuhigung lebensfreundlicher gestaltet. Dies gilt es fortzuführen. Aufholen müssen wir aber sicher noch beim Fussverkehr.

Wir haben keine andere Wahl als nachhaltig und weitsichtig zu handeln: In der Stadt zeigen sich die Auswirkungen der Klimaerwärmung besonders deutlich. Hitzewellen zum Beispiel. Die Stadt wächst vor allem nach innen. Das ist richtig und gut. Eine noch dichtere Stadt wird aber auch noch wärmer. In Bern ist es in den Sommernächten bereits heute 3 bis 4 Grad wärmer als ausserhalb der Stadt. Deshalb müssen wir sofort daran gehen, die Stadt langfristig hitzeverträglicher zu machen.

Es braucht viel mehr begrünte Dächer, Fassaden und unversiegelte Flächen. Bei jeder anstehenden Strassensanierung oder Reparatur können wir uns fragen, ob hier wirklich wieder asphaltiert werden muss. Die Stadt ist mit Recht stolz auf ihre Lebensqualität. Wenn wir sie weiter erhöhen wollen, müssen wir das Stadtklima in der Stadtentwicklung von Anfang mitdenken. Beim Bau, bei Sanierungen, immer. Wir müssen die ganze Stadt im Blick haben.

Und wie flexibel ist die Stadt?

Die Stadt hat in der Coronakrise rasch zusätzliche Flächen für Restaurants bereitgestellt. Unkompliziert, unbürokratisch und sozial. Die Coronakrise hat uns gezeigt, dass vieles möglich wird, was als unmöglich galt. Dass wir plötzlich ein ganz anderes Tempo anschlagen können, wenn wir müssen. Dass wir ganz ohne Grabenkämpfe rasch Lösungen finden. Ja, flexibel kann man nur miteinander sein.

Ich denke hier zum Beispiel an die Zusammenarbeit mit dem Gewerbe. Viele Geschäfte in der Stadt merken, dass ihr grösstes Problem die Konkurrenz durch das Onlineshopping ist und nicht der fehlende Parkplatz direkt vor dem Geschäft. Wir müssen Allianzen schmieden und die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. In der City-Logistik liegt ein grosses Potenzial, damit auch die kleinen KMU ihre Waren einfach verkaufen können, aber nicht jedes seinen eigenen Lieferdienst aufbauen muss. Hier treffen sich Nachhaltigkeit und Wirtschaft.

Auch im Umgang mit dem öffentlichen Raum wird es mehr Flexibilität brauchen. Seit Corona diskutieren wir anders über Strassen, Plätze und Parks. Weil eben nicht alle eine schöne Terrasse haben. Aber alle in der Stadt Platz haben sollen. Der öffentliche Raum ist der Lebensraum von uns allen.

Fazit: Wir müssen immer die ganze Stadt im Blick haben. Indem wir langfristig planen, indem wir flexibel bleiben – gemeinsam – und indem wir alle Menschen mitnehmen, die Starken und die Schwächeren. Davon bin ich überzeugt. Dafür möchte ich mich gemeinsam mit Michael Aebersold, Franziska Teuscher und Alec von Graffenried einsetzen. Für eine solidarische, nachhaltig soziale Stadt.

Johannes Wartenweiler

Sekretär Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung

Gemeinsam für eine leistungsfähige Wirtschaft mit starker Sozialpartnerschaft

Seit 1993 ist der GSB Mitglied von RGM. Er ist damit Teil der seit damals in der Stadt Bern regierenden rot-grünen Koalition. Als einziger Partner stellen wir keine eigene Gemeinderatskandidatur. Wir unterstützen mit **Michael Aebersold, Franziska Teuscher, Alec von Graffenried** und **Marieke Kruit** die vier KandidatInnen der drei Partnerorganisationen. Und wir unterstützen **Alec von Graffenried** für das Amt des Stadtpräsidenten.

Der GSB ist die Dachorganisation der SGB Gewerkschaften in der Region Bern. In der Stadt Bern wohnen mehrere tausend Mitglieder, die einer SGB-Gewerkschaft angeschlossen sind.

Die Gewerkschaften sind ein Bestandteil der Sozialpartnerschaft. Sie betreuen schweizweit mehr als 500 Gesamtarbeitsverträge, die die Löhne und Arbeitsbedingungen in zahlreichen Branchen festlegen.

Der GSB ist der politische Arm der auf städtischen Boden aktiven Gewerkschaften. Er hält in allen wichtigen Dossiers den Kontakt zum Gemeinderat und zur Verwaltung.

Ein guter direkter Draht zu den Entscheidungsträgern der Stadt ist uns wichtig. So können wir bereits im Vorfeld unsere Positionen einbringen zu Themen wie Ladenöffnungszeiten, Poststellenschliessungen oder Uber-Angeboten.

Aus unserer Sicht besonders wichtig ist RGM in folgenden für die Gewerkschaften wichtigen Feldern:

1. Städtische Löhne und Arbeitsbedingungen Gemeinsam mit dem VPOD treiben wir seit Jahren die Forderung einer Realloohnerhöhung voran. Die drei zusätzlichen Ferientage, die der Stadtrat letzte Woche wieder ins Budget aufgenommen hat, sind deshalb ein wichtiger Schritt in dieser Sache. Damit wird Lohnabbau verhindert.

2. Wirtschaftliche Entwicklung Der GSB ist sich der Bedeutung einer prosperierenden Wirtschaft bewusst. Er setzt einen Fokus auf die handwerklich-gewerblichen Aktivitäten, ohne die sich die Stadt Bern nicht entwickeln und betreiben lässt. Er unterstützt die Bemühungen des Gemeinderats die Gewerbezone in der Stadt Bern zu sichern und zu entwickeln. An diesen Gebieten hängen zahlreiche Arbeitsplätze mit qualifizierten Beschäftigten und Lehrstellen.

3. Wohnbaupolitik Das Bedürfnis nach preisgünstigem Wohnraum wird von privaten Bauherrschaften nicht erfüllt. Deshalb muss die Stadt hier aktiv werden. Sie tut es seit einigen Jahren in einem verstärkten Ausmass. Wir brauchen diese günstigen Wohnungen, damit unter anderem die BetreiberInnen des Service public (Pflegepersonal, Fahrpersonal des öffentlichen Verkehrs, Angehörige der Entsorgungsbetriebe, Feuerwehr etc.) nicht aus der Stadt verdrängt werden.

Zudem setzen wir uns gemeinsam mit unseren Partnern für eine umfassende **Gleichstellung der Geschlechter** und für einen starken **Service public** ein.

Wahlbudget RotGrünMitte

Ausgaben (in CHF)	
Agentur (inkl. Fotos, Website, Social media)	34'500.00
Plakate	13'000.00
Inserate	3'000.00
Druck	25'000.00
Promopost	12'000.00
Diverses	5'000.00
Total	92'500.00

Einnahmen (in CHF)	
Gewählte	60'000.00
SP	15'000.00
GB	7'500.00
GFL	7'500.00
GSB	2'500.00
Total	92'500.00

RGM-WAHLPLATTFORM 2021-2024

Bärn – geng wi besser.

RotGrünMitte

Die Bundesstadt Bern ist Wohnort von mehr als 140'000 Personen und bietet Arbeit für 190'000 Personen. Sie ist zudem ein überregionaler Ort für Kultur, Sport, Entspannung und Zusammenleben. Unterschiedliche Branchen und Milieus treffen in Bern aufeinander: Die öffentlichen Verwaltungen von Bund, Kanton und Gemeinde, die grossen Unternehmen des Service public wie Post, SBB, BKW, ewb oder Bernmobil, die zahlreichen kleineren und grösseren Unternehmer, die vielfältigen Bildungseinrichtungen und die Organisationen im NGO-Bereich und der Kultur. Wichtige gesellschaftliche Trends wie die Digitalisierung und den demografischen Wandel begleitet die Stadt Bern aktiv.

Bern lebt von städtischer Vielfalt und städtischer Dichte – und dies bei einer sehr hohen Lebensqualität, die sich symbolisch ausdrückt durch das grüne Band der Aare, das durch die Stadt schlängelt.

RotGrünMitte stellt seit 1993 die Regierungsmehrheit in der Stadt Bern. Auch in einer durch ausserordentliche Umstände zugespitzten Lage (Corona-Krise) wollen wir Verantwortung für die Stadt übernehmen. Die kommenden Jahre verbinden grosse gesellschaftliche Herausforderungen (Arbeit, Klima, Investitionen, etc) mit finanziellen Verhältnissen, die eine Priorisierung der städtischen Aufgaben und Investitionen verlangen. Wir werden diesen Prozess mit Augenmass führen – und Prioritäten dort setzen, wo sie der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Umwelt am meisten Nutzen bringen. Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt auch weiterhin in ihr Wachstum investieren kann und die Souveränität über ihre Finanzen behält.

1. Wohnen / Stadtentwicklung / Kooperation

1	Die Wohnbauprojekte Viererfeld und Gaswerkareal werden umgesetzt.
2	1500 bezahlbare Wohnungen entstehen. Stadt, Genossenschaft und Private erreichen dieses Ziel gemeinsam.
3	Die Stadt Bern hat 1000 Mietverträge im Segment Günstiger Wohnraum (GüWR) abgeschlossen.
4	Die Stadt Bern treibt die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts «STEK 2016» voran. Die darin vorgesehen Chantiers werden umgesetzt.
5	Das Projekt Wankdorf City drei verbindet innovativ, sozial durchmischt und energieeffizient Arbeiten und Wohnen.
6	Beim Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Ausserholligen verbinden sich Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit zu einem neuen Quartier.
7	Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden ist vertieft.
8	Die Stadt übernimmt vom Kanton die Zuständigkeit für Gastrobewilligungen und Zwischennutzungen .

2. Soziales, Bildung und Kultur

1	Kinder und Jugendliche Es gibt in allen Quartieren genügend Betreuungsplätze in den Kitas . Die Stadt eröffnet bei Bedarf selber neue Kitas. Das Angebot in den Tagesschulen wird so weiterentwickelt, dass es qualitativ den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder und Familien gerecht wird. Niederschwellige und nichtkommerzielle Freizeitangebote für Kinder und Jugendlichen sind in allen Quartieren vorhanden.
2	Bildung Die Stadt sichert die flächendeckenden Frühförderprogramme primano und Deutsch vor dem Kindergarten. Die Stadt Bern investiert in ausreichend zeitgemässen Schul- und Tagesschulraum . Als Quartierschulen mit attraktivem Aussenraum bilden die Schulen Begegnungsorte für die Quartierbevölkerung. Pro Stadtteil richtet die Stadt mindestens eine Ganztageschule ein. Die Schulen erhalten ausreichend Mittel für einen zeitgemässen Unterricht und die nötige digitale Infrastruktur .
3	Armutsbekämpfung Die Stadt Bern ist schweizweit Vorreiterin in Bezug auf soziale Angebote und Armutsbekämpfung . Es gibt genügend niederschwellige Angebote in den Quartieren. Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit, etc. werden ausgebaut.
4	Menschen mit Beeinträchtigung Die Stadt Bern schafft die Voraussetzungen, um Menschen mit einer Beeinträchtigung die aktive Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.
5	Menschen im Alter Die Stadt Bern fördert die Teilhabe von älteren Menschen . Seniorinnen und Senioren in schwierigen finanziellen Verhältnissen können dank Betreuungsgutsprachen möglichst lange selbstbestimmt wohnen.
6	Gleichstellung aller Geschlechter Die Stadt betreibt eine aktive Gender- und LGB-Gleichstellungspolitik .
7	Kultur und Sport Die Stadt setzt ihre Kulturstrategie um und ist im Dialog mit den Kulturschaffenden. Die Stadt Bern investiert in zeitgemässe Sportanlagen . Die Stadt unterstützt den niederschweligen Zugang zu Kultur- und Sportangebote .

3. Ökologische und nachhaltige Stadt

1	Die Stadt Bern senkt die städtischen CO₂-Emissionen ohne Kompensation durch Klima-Zertifikate auf höchstens eine Tonne CO₂ pro Kopf und Jahr bis 2035.
2	Die Stadt Bern setzt den «erweiterten Handlungsplan Klima Stadt Bern» um, den der Gemeinderat 2019 unter Ausrufung des Klimanotstandes verabschiedet hat. Dazu gehören prioritär folgende Punkte mit grosser Hebelwirkung:
1	Die Stadt baut zusammen mit ewb das Fernwärmenetz aus.
2	Die Stadt fördert mit einem Fonds klimafreundliche Gebäudesanierungen .
3	Es gibt eine Lenkungsabgabe auf die Netznutzung für Erdgas .
4	Die Stadt verfügt über ein Konzept «Citylogistik» .
5	Es gibt eine Lenkungsabgabe auf öffentliche Parkplätze .
6	Die Stadt Bern setzt grossflächige Temporeduktionen um.
7	Die Linienbusse von Bernmobil werden zur Reduktion des CO ₂ -Ausstosses des Öffentlichen Verkehrs auf Elektroantrieb umgerüstet.
3	Die Umsetzung dieses Handlungsplans geschieht sozialverträglich . Dazu gehört die Rückverteilung zusätzlicher Einnahmen aus Lenkungsabgaben.
4	Die Stadt priorisiert den Fuss-, Velo- und Öffentlichen Verkehr .
5	Die Stadt betreibt und schafft ausreichend Grünräume mit genügend Sitzgelegenheiten für die Bevölkerung.

4. Für eine innovative Wirtschaft und für gute Arbeitsplätze

Aktive Wirtschaftspolitik

1	Die Stadt Bern trägt Sorge zur lokalen Wertschöpfung und zu den Arbeitsplätzen . Sie unterstützt die lokale Wirtschaft bei der Umsetzung und Promotion ihrer Aktivitäten. Dazu gehören effiziente Verfahren und Netzwerkarbeit. Sie fördert die Sozialpartnerschaft .
2	Die Stadt Bern fördert innovative, ökologische und soziale Unternehmen und deren Ansiedlung und stellt entsprechende Instrumente zur Verfügung. (Beratung, Gewerbeflächen, Mietzinsermässe, Startup-Kredite etc.)
3	Die Stadt Bern scheidet ausreichend Gewerbe- und Industriezonen für eine Stadt der kurzen Wege aus. Sie geht neue Wege bei der Verbindung von Gewerbe und Wohnen.
4	Die Stadt Bern bekämpft prekäre Arbeitsverhältnisse . Darunter fallen auch Plattformmodelle , die sich ihren Verpflichtungen als Arbeitgeber entziehen.
5	Die Stadt Bern bekämpft die Arbeitslosigkeit und fördert die Aus- und Weiterbildung sowie die Arbeitsintegration von Menschen aus der Sozialhilfe und dem Asylbereich inklusive ihrer leistungsgerechten finanziellen Abgeltung. Die Stadt setzt den Masterplan Arbeit zusammen mit der Wirtschaft um.

Sozialpartnerschaftliche Personalpolitik

1	Die Stadt Bern sichert und verbessert die Arbeitsbedingungen und Löhne des städtischen Personals. Der Einbezug der Sozialpartner ist gewährleistet.
2	Die Stadt Bern wird das Pensionsalter für städtische Angestellte nicht erhöhen.
3	Die Stadt Bern setzt bei der Anstellung in städtische Kaderpositionen die vom Stadtrat beschlossene Frauenquote um und setzt einen Fokus auf bisher untervertretene Gruppen.

5. Grundrechte und öffentlicher Raum

1	Die Stadt Bern schafft eine unabhängige Anlaufstelle mit klar definierten Kompetenzen für die Meldung polizeilicher Übergriffe .
2	Bei Demonstrationen setzt die Stadt Bern auf Deeskalation .
3	Die Stadt Bern strebt eine eigene Stadtpolizei an.
4	Die Stadt Bern baut die Mitwirkungsmöglichkeiten für die ganze Bevölkerung weiter aus. Sie engagiert sich für das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen und für Stimmrechtsalter 16 .
5	Die Stadt Bern konkretisiert die Idee einer «City Card» als Ausweis für alle Bernerinnen und Berner.
6	Die Stadt fördert die Mitwirkung der Bevölkerung und die Demokratisierung der Quartierkommissionen .
7	Der öffentliche Raum steht allen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung. Es besteht kein Konsumzwang . Die Stadt stellt genügend öffentliche Räume für nichtkommerzielle Aktivitäten zur Verfügung.
8	Die Stadt Bern setzt ihre fortschrittliche Drogenpolitik fort.